

Beschlussempfehlung und Bericht des Verteidigungsausschusses (12. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Abgeordneten Omid Nouripour, Memet Kilic, Volker Beck
(Köln), weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 17/13095 –**

Gesellschaftliche Vielfalt in der Bundeswehr anerkennen

A. Problem

Die Antragsteller verweisen auf die sich in der Bundeswehr widerspiegelnden gesellschaftlichen Veränderungen und halten Anpassungen für nötig, um den heterogenen individuellen Identitäten der Soldatinnen und Soldaten gerecht zu werden, die interkulturelle Kompetenz einer multikulturellen Truppe zu nutzen und Rekrutinnen und Rekruten aus allen sozialen und kulturellen Gruppen der Gesellschaft werben zu können.

B. Lösung

Die Antragsteller fordern die Bündelung der Zusammenarbeit der verschiedenen Instanzen, die sich innerhalb der Bundeswehr mit Fragen des multikulturellen Wandels befassen, im Bundesministerium der Verteidigung (BMVg) und den Ausbau der Zentralen Koordinierungsstelle Interkulturelle Kompetenz. Innerhalb der Bundeswehr soll ein modernes „Diversity Management“ eingerichtet werden. Die Lehrgänge für lebenskundlichen Unterricht sollen inhaltlich angepasst und nicht mehr exklusiv durch Beauftragte der beiden christlichen Kirchen durchgeführt werden. Grundsätzlich soll für gläubige Soldatinnen und Soldaten aller Glaubensrichtungen Militärseelsorge ihrer Glaubensgemeinschaft eingerichtet werden und es sollen die Interessen der nichtgläubigen Soldatinnen und Soldaten bei Angeboten zur Erörterung berufsbezogener ethischer Fragestellungen berücksichtigt werden. Der „Beirat für Fragen der Inneren Führung“ soll entsprechend erweitert und die Zusammenarbeit mit Migrantinnen-/Migrantenorganisationen innerhalb der Bundeswehr aktiv gestaltet werden.

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE.

C. Alternativen

Keine.

D. Kosten

Keine.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 17/13095 abzulehnen.

Berlin, den 15. Mai 2013

Der Verteidigungsausschuss

Dr. h. c. Susanne Kastner
Vorsitzende

Markus Grübel
Berichterstatter

Lars Klingbeil
Berichterstatter

Burkhardt Müller-Sönksen
Berichterstatter

Paul Schäfer (Köln)
Berichterstatter

Omid Nouripour
Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Markus Grübel, Lars Klingbeil, Burkhardt Müller-Sönksen, Paul Schäfer (Köln) und Omid Nouripour

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 17/13095** in seiner 234. Sitzung am 18. April 2013 beraten und zur federführenden Beratung an den Verteidigungsausschuss sowie zur Mitberatung an den Innenausschuss überwiesen.

II. Stellungnahme des mitberatenden Ausschusses

Der **Innenausschuss** hat in seiner 107. Sitzung am 15. Mai 2013 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. die Ablehnung des Antrags empfohlen.

III. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Verteidigungsausschuss** hat seine Beratungen in seiner 141. Sitzung am 15. Mai 2013 aufgenommen und abgeschlossen. Als Ergebnis empfiehlt er mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. die Ablehnung des Antrags.

Im Verlauf der Ausschussberatung bekräftigte die **Fraktion der CDU/CSU**, die Bundeswehr habe sich des Themas angenommen und sei auf einem guten Weg. Nach § 12 des Soldatengesetzes beruhe der Zusammenhalt der Bundeswehr wesentlich auf Kameradschaft und verpflichte alle Soldaten, die Würde, die Ehre und die Rechte des Kameraden zu achten und ihm in Not und Gefahr beizustehen. Dies schließe gegenseitige Anerkennung, Rücksicht und Achtung fremder Anschauungen ein. Außerdem wirke sich die Uniform positiv aus, indem sie gleich mache. Ethnische Hintergründe träten dabei zurück und in Uniform seien alle deutsche Soldaten. Ferner habe das BMVg die Charta der Vielfalt unterzeichnet und es gebe eine Evaluierung. Die Zahlen belegten die positive Entwicklung, z. B. mit dem Rückgang rechtsextremistischer Vorfälle in der Bundeswehr oder dem

gestiegenen Frauenanteil. Im Übrigen sei der lebenskundliche Unterricht kein Religionsunterricht, sondern berufsethische Qualifizierungsmaßnahme für alle. Dabei werde Rücksicht genommen auf Religion und Weltanschauung der Soldaten.

Die **Fraktion der SPD** lobte den vorgelegten Antrag, der viele Realitäten beschreibe, die es auch bei der Bundeswehr gelte, anzuerkennen. Die von der Fraktion der CDU/CSU vorgetragene Argumente sprächen eigentlich eher für eine Zustimmung zu dem Antrag. Die Fraktion der SPD sei hier voller Überzeugung dafür.

Die **Fraktion der FDP** schloss sich im Wesentlichen den Ausführungen der Fraktion der CDU/CSU an. Der Antrag habe ein überkommenes Bild der Bundeswehr im Auge und würdige die vielen in der Bundeswehr bereits vorhandenen Initiativen nicht ausreichend. Diese wolle man auch ohne den vorliegenden Antrag gern weiter unterstützen.

Die **Fraktion DIE LINKE.** betonte, der Antrag enthalte viele Forderungen, die weiter diskutiert und umgesetzt werden sollten. Allerdings komme die Antidiskriminierungspolitik zwar im Feststellungsteil zum Ausdruck, werde in den Forderungen jedoch nicht ausreichend aufgegriffen. Außerdem sei die Säkularisierung insbesondere in Bezug auf die Lebenskunde zwar angelegt und die Monopolstellung der christlichen Glaubensgemeinschaften nicht einzusehen, aber auch hier seien die Forderungen nicht ausreichend klar und scharf formuliert. In Bezug auf den Einsatz und die erwähnte interkulturelle Kompetenz sei ferner wichtig, dass diese Kompetenz durchaus auch dazu führen könne, dass man bestimmte Einsätze nicht mache, weil es nicht funktioniere.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** verwies auf die gesellschaftliche Realität, die heute anders sei als vor 50 Jahren und sich auch in der Bundeswehr abbilde – mit allen Chancen und Herausforderungen, die dies mit sich bringe. Die Bundeswehr müsse sich diesen Herausforderungen stellen und sich ihnen strukturell anpassen. Der Antrag sei mit Expertinnen und Experten diskutiert und von den Fachleuten als gut bezeichnet worden.

Berlin, den 15. Mai 2013

Markus Grübel
Berichterstatter

Lars Klingbeil
Berichterstatter

Burkhardt Müller-Sönksen
Berichterstatter

Paul Schäfer (Köln)
Berichterstatter

Omid Nouripour
Berichterstatter